2020/27 Ausland

https://shop.jungle.world/artikel/2020/27/paedagogik-oder-revolte

Die antirassistische Bewegung in den USA läuft Gefahr, vereinnahmt zu werden

Pädagogik oder Revolte

Von **Felix Klopotek**

Im Zuge der Proteste gegen rassistische Polizeigewalt in den USA droht der digitalisierte Kapitalismus, den Antirassismus zu vereinnahmen. Dazu trägt auch dessen Pädagogisierung bei.

Michael Brown in Ferguson, Eric Garner in New York City, Freddie Gray in Baltimore – afroamerikanische Opfer von Polizeigewalt, deren Tode 2014 und 2015 Aufstände und Straßenschlachten auslösten. Es war Garner, der im Würgegriff eines Polizisten um Hilfe rief und klagte: »I can’t breathe.« Wie George Floyd lag Gray bereits am Boden und war fixiert – nicht auf der Straße, sondern in einem Polizeibus –, als er durch stumpfe Gewalteinwirkung tödliche Verletzungen an der Wirbelsäule erlitt. Geht man nach dem Ausmaß staatlicher Gewalt, dann hat sich 2020 nichts geändert.

Dennoch sieht es diesmal anders aus: Nach der schockierenden Tötung Floyds am 25. Mai kam es in den USA zu Demonstrationen, *riots* und Platzbesetzungen, die bis heute anhalten – landesweit. Auch ist die internationale Solidarität beeindruckend. Die gegenwärtigen Proteste und Aufstände gegen die rassistische Staatsgewalt gehen weit über die der vergangenen Jahre hinaus. Zumal »Black Lives Matter« – nicht so sehr die Organisation, sondern die mit dem Namen assoziierte gesellschaftliche Strömung – bis weit ins liberale Bürgertum hinein Zuspruch findet. Wohl noch nie seit der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht haben so viele in der Bevölkerung Gewalt »von unten« im eigenen Land als legitim erachtet wie derzeit.

> Sollte Joe Biden im November zum neuen US-Präsidenten gewählt werden, wird sich für viele Aktivisten die Frage nach der Kooperation mit dem linken Flügel der Demokraten noch dringlicher stellen.

Das ist ein Unterschied zu den Jahren 1964 bis 1968, als es zu ähnlich wütenden und heftigen Unruhen kam. Damals wurden zahlreiche Bürgerrechts- und Gleichstellungsgesetze erlassen, es war offensichtlich, dass das Establishment aus Angst vor einem Bürgerkrieg oder gar einer Revolution handelte – mehr widerwillig als überzeugt. Inzwischen besteht hingegen – vor allem in Abgrenzung zu Präsident Donald

Trump – ein liberaler Konsens, ein jahrhundertealtes Unrecht endlich aus der Welt zu schaffen. Das zeigt sich in der Spaltung des kapitalistischen Machtblocks: Während Trump offen Bürgerkriegsrhetorik benutzt, haben sich die wichtigsten milliardenschweren Unternehmen, nicht zuletzt fast das gesamte Silicon Valley, mit den Protesten solidarisiert und sich zu einer antirassistischen Neugründung der US-amerikanischen Gesellschaft bekannt. Große Unternehmen wie Coca-Cola und Unilever schalten im Juli keine Anzeigen bei Facebook, weil das Unternehmen ihrer Ansicht nach nicht ausreichend gegen Hassbotschaften vorgeht. Rechte Kreise registrierten dieses kapitalistische Bekenntnis zum Antirassismus rasch und phantasierten eine Koalition aus »globalistischem« Kapital und antirassistischen Streetfightern herbei.

Unfreiwillig verweist dieses paranoide Wahnbild aber auf ein reales Problem der Bewegung: die Vereinnahmung des Antirassismus zur Legitimation eines digitalisierten, hypermodernen Kapitalismus. Dessen Funktionäre können nach Jahrzehnten neoliberaler Verwüstung nicht mehr ohne weiteres auf die Verheißungen des freien Marktes verweisen, der allen gleiche Aufstiegschancen böte. Exemplarisch ist der Fall des an der University of Chicago lehrenden deutschen Ökonomen Harald Uhlig, der abfällige Tweets über die Organisation »Black Lives Matter« und über kollektive Gesten antirassistischer Gesinnung schrieb. Ihm wurde Rassismus vorgeworfen und er wurde als Herausgeber des renommierten *Journal of Political Economy* kurzzeitig abberufen. Sicher, Uhlig äußerte sich nicht explizit als der Neoliberale, der er ist, aber aus seinen Tweets spricht eine Häme über kollektive Unmutsäußerungen, wie sie eben typisch ist für ein extrem individualisiertes, ausschließlich auf Leistung und Konkurrenz bezogenes Denken. Dem gegenwärtigen Kapitalismus entspricht es aber, Netzwerke, die Kreativität von *communities*, flache Hierarchien, Handeln in fluiden Kollektiven und Nachhaltigkeit zu propagieren; er ist deshalb offen für zivilgesellschaftliche Initiativen.

Der 1961 geborene Uhlig, der in seine Überlegungen nie die kollektive Gegenwehr einer organisierten Arbeiterklasse einbeziehen musste, weil es diese einfach nicht mehr gab, reagierte umso hilfloser, als sich der kollektive Protest gegen ihn richtete. Das postneoliberale Weltbild kann dagegen problemlos an pädagogische antirassistische Projekte anknüpfen: Die dort erworbenen *soft skills* wie Empathie, differenziertes Reflektieren und *empowerment* bewähren sich ebenso gut in den Netzwerkstrukturen digitalisierter Unternehmen.

Die Bewegung und der kapitalistische Status quo scheinen sich in der Pädagogisierung des Antirassismus zu begegnen. In diesen Tagen ist häufig davon die Rede, man müsse Rassismus verlernen. Dieser Anspruch ist ein Fortschritt gegenüber allen Sichtweisen, die Rassismus als Vorurteil verstehen – als Mangel an Wissen. Diesen könnte man ja leicht beheben. Heißt es dagegen, man könne Rassismus verlernen, impliziert das, dass Rassismus ein Verhaltensmuster ist – eine Praxis. Das klingt vordergründig materialistisch.

Eine Handlungsweise, ein Verhaltensmuster verlernen – man kennt das aus der Verhaltenstherapie. Eine Person hat ein bestimmtes Muster entwickelt, um sich zu schützen oder überhaupt den Alltag zu bewältigen. Dieses Muster mag einmal sinnvoll gewesen sein, sorgt aber inzwischen für dysfunktionales Verhalten: Angststörungen, Zwangshandlungen, obsessives Ausgrenzen von als unangenehm empfundenen

Erfahrungen. Die Therapie macht bewusst, etwa durch ein bewusstes Stören dieser Muster, dass die Umweltbedingungen, auf die die Muster reagieren, nicht oder nicht mehr gegeben sind. Die zu therapierende Person kann nun unter Anleitung Stück für Stück ihr dysfunktionales Handeln aufgeben.

Dass Rassismus verlernt werden soll, bedeutet, dass die sozialen Verhältnisse längst keinen Rassismus mehr benötigen, um stabil zu bleiben oder zu prosperieren – im Gegenteil. Es sind also die Rassisten, die sich dysfunktional verhalten. Analog zur Verhaltenstherapie, die keine gesellschaftlichen Konflikte mehr kennt, sondern nur gelungene oder fehlgeschlagene Anpassung, wird Rassismus zu einem individuellen Problem erklärt – auch wenn er unzählige Menschen betrifft und es irgendwie alle angeht, ob er verlernt wird. Der Prozess geht immer vom Individuum aus, nicht von den herrschenden Prinzipien des Zusammenlebens. Diese Denkweise setzt Demokratie und freie Marktwirtschaft, also den Liberalismus, als ihren Rahmen.

Wer »Rassismus verlernen« googelt, stößt auf einen 1994 in der *Zeit* veröffentlichten Artikel, der ein solches Programm aus New York vorstellt. Die »New York Civil Rights Coalition« begann den Kurs »Unlearning Stereotypes« bereits 1990. Allzu viel, mag man sarkastisch einwerfen, ist in den vergangenen Jahrzehnten nicht verlernt worden. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung der in dem Artikel zitierten Antirassismustrainerin interessant: »Wir bewegen uns nicht auf eine harmonische Gesellschaft zu, sondern auf eine, in der es immer mehr ethnische Konflikte und Fraktionierung geben wird.« Ein fatalistisches Gesellschaftsbild wird hier beschworen – es wird schlimm kommen, aber zumindest soll jeder Einzelne die Chance haben, an sich zu arbeiten.

Können die Menschen nicht die Verhältnisse ändern, so zumindest sich selbst. Vielleicht muss man die Spaltung der Linken neu begreifen: Sie verliefe nicht zwischen »Identitätspolitik« und »Klassenpolitik«, sondern zwischen pädagogisch-akademischen Projekten und einer Linken, die an sozialer Zuspitzung interessiert ist und weiß, dass *empowerment* und Empathie nicht einer Revolte vorangehen, sondern ihr folgen. Auch das kann man von den Aufständen in den USA lernen: Emanzipierte menschliche Verkehrsformen konstituieren sich erst im Aufstand. Symbol dafür ist die »Capitol Hill Autonomous Zone« in Seattle. *De facto* handelt es sich »nur« um einen Rückzug der Polizei aus einem beliebten linken Ausgehviertel zwischen East Pike Street und East Denny Way, um keine weitere Eskalation der *riots* zu provozieren. Seit dem 8. Juni sollen hier Antirassismus und Antikapitalismus erprobt werden, die Straßen sind bunt geschmückt – alles sieht sehr hippiesk aus. Das Erbe der »Occupy«-Bewegung von 2011 zahlt sich aus. Immerhin hatte diese keinen identitären Anspruch, sondern – sicherlich romantisch – einen konsequent inklusiven: Alle sollen mitreden. Hier zeigt sich, dass die spontane Bewegung nach Floyds Tod auf seit mindestens neun Jahren existierende Netzwerke zurückgreifen kann.

Vieles kommt in Seattle zusammen: ein bis in die Clubszene gut vernetztes hedonistisch-anarchistisches Milieu, eine Linke, die seit den Protesten und *riots* gegen den WTO-Ministerkonferenz in der Stadt 1999 kampferprobt ist – und eine linksliberale Stadtverwaltung, die mit Nachsicht auf die Platz- und Straßenbesetzungen reagiert. Das Problem der Vereinnahmung bleibt akut. Sollte der Demokrat Joe Biden im November zum

neuen US-Präsidenten gewählt werden, wird sich für viele Aktivisten die Frage nach der Kooperation mit dem linken Flügel der Demokraten noch dringlicher stellen. Einige werden sich daran erinnern, dass zahlreiche Fälle rassistischer Polizeigewalt in Städten mit langjähriger demokratischer Polizeiverwaltung stattfanden.

© Jungle World Verlags GmbH